

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich am Sonntag und Montag von 10 bis 12 Uhr. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung ins Haus für Berlin 1,50 M., im voraus zahlbar, von der Expedition für 1,20 M. Für Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen entgegen. Unter Schriftausgaben für Deutschland und Österreich 1,40 M., für das übrige Ausland 2,10 M., postfrei. Auslandskontingente, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M., Revision, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Breite Straße 2-3.

Die nächstfolgende Nummer erscheint am Donnerstag, 2. November 1920. Der Einzelpreis beträgt 20 Pfg. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung ins Haus für Berlin 1,50 M., im voraus zahlbar, von der Expedition für 1,20 M. Für Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen entgegen. Unter Schriftausgaben für Deutschland und Österreich 1,40 M., für das übrige Ausland 2,10 M., postfrei. Auslandskontingente, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M., Revision, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Breite Straße 2-3.

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Der russisch-polnische Vorfrieden in Kraft

#### Austausch der Ratifikationsurkunden

III. Libau, 28. Oktober.  
Gestern nachmittags 3 Uhr wurden in Libau die Ratifikationsurkunden des Waffenstillstands- und Präliminarfriedensvertrages von Riga durch die Sekretäre der polnischen und russischen Friedensdelegation ausgetauscht. Damit hat der Vorfriedensvertrag seinen formellen Abschluß gefunden und ist somit offiziell in Kraft getreten. Die Delegationssekretäre traten ihre Rückreise aus Libau am 28. früh wieder an.

#### Der Streik in England

##### Fortsetzung der Verhandlungen

Der Umstand, daß die Beratungen über die Beilegung des Bergarbeiterstreiks zwischen der Regierung und den Bergarbeitervertretern hinter verschlossenen Türen stattfindet, hat zur Folge, daß die Meldungen aus England widersprüchlich lauten. Die Beratungen werden natürlich fortgesetzt, denn es sind noch lange nicht alle Streitfragen geklärt. Wir schreiben schon, daß ein klares Bild der Situation erst gewonnen werden kann, wenn die Bedingungen des Friedens in ihrem vollen Sinn und Wortlaut bekannt sind. Anscheinend sind Verhandlungen über die Lohnzulage vorangegangen, die mit der Bewilligung geendet haben. Ohne diese Bewilligung hätte die Fortsetzung der Verhandlungen für die Bergarbeiter keinen Sinn gehabt. Damit dürfte aber die Basis für weitere Verhandlungen über andere Punkte gegeben sein. Auch die Mitteilung, daß die Arbeitsaufnahme erst am Montag erfolgt, läßt erkennen, daß noch nicht alle Streikobjekte durchberaten sind. Dennoch ist mit der endgültigen Beilegung des Konfliktes zu rechnen, wenn nicht ganz unvorhergesehene Vorfälle eintreten.

London, 27. Oktober. (Renter.)

Die Konferenz der Regierungsvorteiler zunächst mit den Bergwerksbesitzern und dann mit dem Vollzugsausschuß des Bergarbeiterbundes dauerte den ganzen Tag an. Der Kongreß der Vollzugsausschüsse aller Gewerkschaften, der für heute vormittag zusammenberufen war, um über die angelegte des Kohlenpreises einzunehmende Haltung zu beraten, wurde bis zum nachmittags vertagt, um den Bericht des Vollzugsausschusses der Bergleute entgegenzunehmen. Man glaubt, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den letzteren und der Regierung sich jetzt nur noch auf die Dauer des Zeitabschnittes beziehen, währenddessen die Lohnherabsetzung vorläufig bewilligt wird.

#### Der russische Außenhandel

##### Der Bericht der russischen Handelsdelegation in London

D. E. Das Mitglied der russischen Handelsdelegation in London, U. E. D. E. hat dem Vorstand des Obersten Volkswirtschaftsrates in Moskau Bericht über die Ergebnisse seiner Mission erstattet, dem folgendes entnommen sei: Die Handelsdelegation hatte vor allem die Aufgabe, die russische holzverarbeitende Industrie mit Maschinen zu versorgen, die Lage des Weltmarktes, insbesondere des Holzmarktes, zu studieren und mit den europäischen Holzindustriellen über Waldkonzessionen in Rußland zu verhandeln. Maschinen könnte man in großen Mengen erhalten. Von der russischen Delegation sind verschiedene Arten von Sägen, 60 Lokomobilen, mehrere Installationen für Sägemühlen und Holzbearbeitung gekauft worden. Es sind dafür 10 Millionen Goldrubel und 3 Millionen schwedischer Kronen bezahlt worden. Die Hälfte der Bestellungen ist Schweden in Auftrag gegeben. Die Waren werden über Kopenhagen geliefert werden. Die Preise in London waren höher als die schwedischen, jedoch wollte die russische Delegation die Hälfte der Aufträge an England gelangen lassen. Infolgedessen sind die Installationen für Sägemühlen in England bestellt worden.

Augenblicklich — so heißt es im Bericht — ist Schweden außer Konkurrenz im Holzexport. Das Erscheinen einer russischen Delegation hat sofort ein Sinken der Preise auf schwedisches Holz bewirkt. Schweden hat sich uns gegenüber wohlwollend verhalten; im Bunde mit Rußland und Finnland will es die Holzpreise den anderen Ländern diktiert und so den Holzmarkt monopolisieren. In erster Reihe müssen wir die Holzvorräte aus dem Archangelschen Gouvernement exportieren, die während der Herrschaft der Engländer im Norden in englische Firmen verkauft worden waren. Wir haben erklärt, daß wir diese Abmachungen nicht anerkennen. Was die Verhandlungen betrifft, so sind wir bereit, entgegenzukommen. 15.000 Stabdard haben wir an eine norwegische Firma verkauft im Tausch gegen 100.000 Tonnen Kohle. Zwei Schiffe mit dieser Kohle sind bereits in Archangel eingelaufen. Etwa 150.000 Stabdard wird ein schwedischer Bankkonzern kaufen und wird 50 Prozent des Kaufpreises nach Unterzeichnung des Vertrages auf Konto der russischen Regierung deponieren. Mit der

#### Die Rüstung der Bourgeoisie

London, 28. Oktober.  
Das Unterhaus genehmigte gestern in dritter Lesung mit 238 gegen 58 Stimmen das Gesetz über die außerordentlichen Vollmachten für die Regierung.

#### Frankreichs Bedenken

Paris, 27. Oktober.  
„Journal des Debats“ veröffentlicht eine halbamtliche Erklärung über den Beschluß des englischen Ministerrats, auf § 18 des Abschnitts 8 des Vertrages von Versailles zu verzichten. Das Londoner Kabinett habe den Botschafter durch seinen Vertreter in Paris von der getroffenen Entscheidung und der der deutschen Regierung gemachten Mitteilung in Kenntnis gesetzt. Es sei deshalb sehr wahrscheinlich, daß der Botschafter in einer seiner nächsten Sitzungen mit der Frage befaßt werde. Er werde zu prüfen haben, ob der Schritt der britischen Regierung rechtlich begründet sei, und er werde auch die Folgen dieser Entscheidung, indem er sie in den allgemeinen Rahmen des Friedensvertrages und in das durch den Friedensvertrag vorgesehene System der Zwangsmahnahmen stelle, abzuwägen haben.

#### Das Mißverständnis

##### Keine Vernichtung der Dieselmotoren

London, 27. Oktober.  
Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Aus verschiedenen Artikeln der deutschen Presse geht hervor, daß in bezug auf die Zerstörung von Dieselmotoren beträchtliche Mißverständnisse herrschen. Es besteht keine wie immer geartete Absicht, sich mit anderen Dieselmotoren zu befassen oder solche zu beschädigen, als mit Unterseeboot-Dieselmotoren; auch besteht keinerlei Absicht, die Dieselmotorenindustrie Deutschlands zu vernichten. Die Angelegenheit ist übrigens den verbündeten Regierungen überwiesen, befindet sich also sub judice. Solange die Entscheidung der verbündeten Regierungen schwebt, ist die Zerstörung aller Unterseebootdieselmotoren eingestellt und aufgehoben worden.

Es zeigt sich, daß wir recht hatten, als wir schon vor einiger Zeit andeuteten, daß die ganze Geschichte mit den Dieselmotoren wieder einmal künstlich aufgepumpt worden ist. Diese anscheinend offiziös veranlaßte Darstellung wird hoffentlich genügen, um den nationalistischen Spektakel, der schon recht kräftig eingeleitet hatte, zum Schweigen zu bringen. Vor allem ermahnen wir die Arbeiterschaft, sich nicht in eine völlig unangebrachte Erregung versetzen zu lassen, die nur Wasser auf die Mühlen irgendwelcher nationalistischen Geschäftemacher treiben würde.

englischen Regierung haben wir einen Vertrag abgeschlossen auf Lieferung von einer Million Eisenbahnschwellen innerhalb 18 Monaten.  
Dies ist die erste Handelsabmachung mit England. England verpflichtet sich, uns Salata, Maschinen, Zucker, Tabak u. a. zu geben. Die englische Regierung hat angefragt, welche anderen Eisenbahnmateriale Rußland imstande wäre, zu liefern. Mehrliche Nachfragen liegen auch von Seiten Frankreichs vor, sie sind aber von der russischen Delegation abgelehnt worden angesichts der feindlichen Haltung, die Frankreich der Sowjet-Regierung gegenüber einnimmt. Was die Konzessionen betrifft, so erwies es sich, daß im Westen die Zahl der Interessenten sehr groß ist. Die diesbezüglichen Unterhandlungen betreffen hauptsächlich die Borebedingen. Die Konzessionsbewerber wünschen auf eine hinreichend lange Frist große Waldflächen im Norden Rußlands zu erwerben. Nach Ablauf der halben Frist erhält Rußland das Recht, die Konzessionen abzahlungswise zu tilgen. Nach Ablauf der ganzen Konzessionsfrist gehen alle Rechte, wie auch das gesamte Inventar, unentgeltlich auf die russische Regierung über.  
Im Auslande betrachtet man Rußland in erster Reihe als Markt, und zwar als unermessliches Absatzgebiet für Fabrikate, und als Bezugsquelle für Rohstoffe. Besonderes Interesse für den russischen Markt zeigen die skandinavischen Länder, die während des Krieges ihre Industrie hoch entwickelt haben. Dort Rußlands wollen sich die skandinavischen Länder von der Vorherrschaft Englands freimachen. Alle interessieren sich nur für die Frage, ob Rußland imstande sei, Rohstoffe zu liefern. Die Handelsdelegation hat sechs Bewerberinnen und Konzessionen mitgebracht, englische, schwedische, kanadische, norwegische. Am vorteilhaftesten sind die englischen Angebote: englische Handelsvertreter sollen demnächst in Rußland eintreffen.“

Übernahme östlicher Ostschiffen durch Polen. Die durch den Beschluß des Völkerbundes vom 16. August d. J. Polen zugesprochenen drei Gemeinden Klein-Wienstein, Klein-Ropper und Großchen des ehemaligen Abstammungsgebietes Allenstein werden am 31. d. M., 11 Uhr normiert, von den polnischen Behörden übernommen. Die drei Ostschiffen werden der Wojwodschaf Pommerellen zugeteilt werden.

### Der Kampf um die Vormacht im Osten

Uns wird geschrieben:  
Die Friedensverträge zwischen Lettland, Estland, Litauen, Polen und Rußland, die Verhandlungen der Randstaaten untereinander, die Bemühungen des Völkerbundes, die Konflikte der Esten, Letten, Litauer und Polen durch Verhandlungen aus der Welt zu schaffen, haben in Westeuropa den Eindruck entstehen lassen, als ob der Osten sich nunmehr zu konsolidieren beginne. Da heute mehr denn je englische Denkwiese den Nachrichtenendienst der ganzen Welt beherrscht und nirgends die Kenntnis der Probleme Osteuropas geringer als in England, nirgends weniger Interesse und Verständnis für die großen politischen Fragen an der deutschen Ostgrenze vorhanden ist als in dem britischen Weltreich, dessen Blick gebannt auf dem eigentlichen Orient haftet, so fehlt auch der übrigen Welt das nötige Verständnis für diese für Deutschland wie für Europa lebenswichtigen Probleme.

Nun steht die Welt plötzlich erschrocken vor den neuen litauisch-polnischen Kämpfen, vernimmt mit Staunen, daß verparapete polnische Truppen Wilna, Minsk und in wenigen Tagen auch Kowno besetzen und Scheinregierungen zwecks Organisation polnischer Vasallenstaaten errichten. Man ist in England einigermassen überrascht und erschreckt. Das ganze Randstaatengeschäft steht auf dem Spiel. Man beginnt zu begreifen, daß mehr als polnischer Größenwahn in diesen „unerwarteten Ereignissen“ steckt.

Ohne Zweifel hat Polen diplomatisch ein freches Spiel getrieben. Als die Litauer ihren Frieden mit Sowjetrußland abgeschlossen hatten und auf diesen bauten, als Warschau noch durch die bolschewistische Armee bedroht war, da betrat Polen ängstlich um die Anerkennung der Curzon-Linie und rief schließlich den Völkerbund an. Dann kam der Rückschlag. Die rote Armee brach zusammen, Polen bekam seine Truppen gegen Litauen frei und nun war von der Curzon-Linie, die die Litauer zu spät anzuerkennen bereit waren, nicht mehr die Rede. Die polnische Regierung kümmerete sich den Teufel um alle Noten, Entscheidungen, Vorkhaltungen, Ermahnungen, Drohungen und Kommissionsbeschläffen des Völkerbundes, sie bejeigte diejenigen Gebiete Litauens, die sie, ohne ihre Operationen gegen die rote Armee zu gefährden, besetzen konnte. Sie tat stets so, als ob sie zu Verhandlungen bereit sei, erhöhte bei jeder neuen Sitzung, entsprechend der militärischen Lage, ihre Forderungen, ließ trotz des mehrfach abgeschlossenen Waffenstillstandes unter den nichtigen Vorwänden ihre Truppen weiter in Litauen einmarschieren, brach alle ihre Versprechungen und Zusagen. So gelangten die Polen zunächst an die Memel, kreisten nach Befehl des Suwalki-Gebietes von allen Seiten Wilna ein und schickten schließlich den General Jeligowski mit dem sehr durchsichtigen Trick, den unbotmäßigen zu spielen, mit zwei Divisionen nach Wilna.

Das polnische Verfahren zeugt von einer Stupefaktlosigkeit, die bisher in der Geschichte beispiellos war. Der polnische General bereitet von Wilna aus durch Heranziehung von 6-8 neuen polnischen Divisionen einen neuen Angriff gegen den letzten Rest des litauischen Staates vor und die polnische Regierung erklärt kaltblütig, daß sie mit alledem nichts zu tun habe, daß sie aber plötzlich Volksabstimmung in ganz Litauen verlange. Nach der Niederringung Litauens wird Lettland sich freiwillig der polnischen Oberhoheit angliedern, dann folgt Estland, denn der Weg von Grodno über Kowno führt auf der Memel nach der Hafenstadt Memel und die Düna mündet bei Riga.

Man mag diplomatisch das Vorgehen Polens so sehr verurteilen, wie man will, politisch muß man zugestehen, daß es eine gewisse innere Logik hat, nämlich die oben erwähnte, daß alle die Randstaaten nur im Anschluß an eine Großmacht des Ostens lebensfähig sind. Die Frage ist nur, ob Polen diese Großmacht wird sein können.

Zu dieser politischen Verhöhnung der Entente würde Polen selbstverständlich nie den Mut finden, wenn es nicht durch Frankreich in jeder Hinsicht gedeckt wäre. Die Großmacht Polen soll die französische Vorherrschaft in Osteuropa bedeuten. Frankreich braucht für seinen Hafen Memel, den es fest in der Hand hat, das Hinterland Litauen und Weißruthenien. Frankreich beginnt mit der Errichtung der polnischen Großmacht des Ostens die Neufinanzierung seiner in Rußland gefährdeten Anleihen. In diesem Plan ist Polen nur Werkzeug genau wie die Wrangelsche Armee. Litauen, Weißruthenien, die Ukraine, ja, Polen selbst, sind Faustpfänder in der Hand Frankreichs, mit denen es in Zukunft die Zahlung seiner russischen Anleihen auf dem einen oder anderen Wege sichern, die Fundierung seiner Vormachtstellung in Osteuropa vornehmen will.

Der englisch-französische Gegenfuß in den Ostfragen kann nicht mehr verkannt werden. Bisher ist der Posten der englischen Gegenmaßnahmen noch offen. Die englische Regierung hat auf eine falsche Karte gesetzt, als sie versuchte, durch Aufnahme der Handelsbeziehungen zu Rußland dem polnisch-französischen Konturzenten in der Vormachtstellung Halt zu stellen. Die Kurzsichtigkeit der maßgebenden russischen Politiker, die durch ihre Haltung während der letzten Monate die Wiederherstellung wirtschaftlicher und diplo-

matlicher Beziehungen zwischen Westeuropa und Sowjet-Russland selber erschwerten, hat jener Richtung der englischen Politik, die auf eine Verständigung mit Russland hinarbeitete, die Grundlage entzogen. Man muß sich jetzt in England erst neu orientieren, denn mit dem polnischen Angriff auf die Randstaaten ist auch der englischen Randstaatenpolitik der Boden entzogen. Von dieser Neuorientierung wird die weitere Entwicklung der Dinge im Osten abhängen, nicht von den polnischen Truppen. Nichts wäre wahrscheinlicher, als daß die deutsche Regierung sich in ein politisches Abenteuer zugunsten der einen oder der anderen um die Vormacht im Osten streitenden Mächte einlasse. Es ist deshalb höchste Zeit, daß die Regierung nicht nur ihre Mißbilligung an dem neuen Politikunternehmen ausspricht, sondern, daß sie sofort alle Kräfte und Mittel zu seiner Behinderung einsetzt.

## Verfehlte Ausrede

Der Staatssekretär Ramm vom preussischen Landwirtschaftsministerium hat in seiner Darstellung des Falles Augustin erklärt, daß er dem Minister Hermes am 7. Mai brieflich und am 8. oder 9. Mai mündlich Mitteilung von der Bestechlichkeit des Dr. Augustin gemacht habe. Diese Angabe ist naturgemäß Herrn Hermes sehr unangenehm, denn aus ihr geht einwandfrei hervor, daß nach dem Bekanntwerden der Bestechlichkeit von Augustin seine Beförderung zum Abteilungsleiter im Reichsernährungsamt vorgenommen worden ist. Durch W. L. B. wird nun eine längere Darstellung dieser Angabe versendet. Es wird in ihr zwar zugegeben, daß der Brief des Staatssekretär Ramm vom 7. Mai datiert ist, es wird aber behauptet, daß seine einseitigen Sätze beweisen, daß er erst „später“ abgefaßt sein könnte. Auch habe die Unterredung zwischen Hermes und Ramm erst Ende Mai stattgefunden.

Es ist sehr auffällig, daß diese Erklärung nicht die Weise für ihre Behauptungen entwirft, sie kann deshalb kaum größere Glaubwürdigkeit beanspruchen. Im übrigen wird derjenige, der die besten in den Angaben des Staatssekretär Ramm mit den unbestimmten Angaben des Reichsernährungsministers Hermes vergleicht, keine schwere Wahl haben, wenn er in diesem Falle die größere Glaubwürdigkeit zumessen kann.

## Die Furcht vor der Wahrheit

Auf dem Bankier-Tag, über dessen Verhandlungen wir an anderer Stelle dieses Blattes berichten, kam es am letzten Tage der Verhandlung zu einem Zwischenfall, der die Furcht der Bankkapitalisten vor der Wahrheit deutlich kennzeichnete. Man hatte die Verhandlungen sorgsam vorbereitet, weil man der Öffentlichkeit den Eindruck zu suggerieren suchte, daß von diesen Männern der Bankwelt die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft zu erwarten sei. Dieser Eindruck mußte selbstverständlich gestiftet werden, als einer der Teilnehmer verfuhr, das egoistische Motiv der Bankkapitalisten zu kennzeichnen. Am letzten Verhandlungstage riefen die Ausführungen des Herrn Steinschneider-Hamburg, der die Bankiers' Berater zur Steuerhinterziehung nannte und sie als Leute bezeichnete, die das Wert Vaterland und Gemeinwohl dauernd mißbrauchten, große Erbitterung unter den Bankherren hervor, die nicht verneint hatten, daß sich in ihren Kreisen ein weiches Kabe finden würde, der den Mut hat, ihre gewaltige Schuld an dem großen Elend des deutschen Volkes vor aller Öffentlichkeit und in ihrer Mitte zu kennzeichnen.

Der Redner wurde deshalb von dem Vorsitzenden, Geheimrat Nießer, zur Ordnung gerufen und durch großen Lärm und Widerspruch daran verhindert, seine Anschauungen im einzelnen darzulegen.

Natürlich ist die dem Bankkapital dienende Presse über diesen Zwischenfall sehr empört. Aus den Berichten über die Tagung sind die Worte des Redners im einzelnen nicht zu entnehmen. Dafür macht sie keine angelegentlich Form für die unwillige Aufnahme seiner Darlegungen verantwortlich. Wie zweifelhaft daran, ob das der Fall ist, wir glauben vielmehr, daß die Aufdeckung der durch die ungeheueren Valutospeditionen und

sonstigen Kapitalverflechtungen erzielten Gewinne das böse Gewissen der Bankkapitalisten so in Harnisch brachte, daß in ihnen der Wunsch entstand, solche Ausführungen in ihrer Mitte unter allen Umständen zu verhindern. Die Herren mögen sich aber gesagt sein lassen, daß über diese Dinge noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

## Sie fügen sich

Zu dem Beschluß des Zentralkomitees der K. P. D., der die sofortige organisatorische Verschmelzung der Neulommunisten mit der K. P. D. fordert, schreibt die neulommunistische „Internationale“:

Die letzten Formalitäten des organisatorischen Zusammenstießes der in Deutschland auf dem Boden der Grundzüge der kommunistischen Internationale stehenden revolutionären Parteien (K. P. D. und N. P. D.) wird ein von beiden Parteien gemeinsam zu beschließender Vereinigungsparagraf zu beschließen haben. Die Uebereinstimmung in den Grundzügen wird das Uebergangsstadium für die revolutionäre Entwicklung in Deutschland erträglich gestalten. Wir hoffen, daß es recht kurz sein möge, und sind mit unseren Freunden von der K. P. D. der Meinung, daß organisatorische Hemmnisse den Zusammenstieß nicht unnötig verzögern dürfen.

Die K. P. D. wird also ihren Willen in kurzer Zeit durchgeführt haben.

## Die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft

### Beginnender Ruhhandel?

Der vom Reichswirtschafts- und vom Reichslohrentat gemeinsam gebildete Unterausschuß zur Beratung der Sozialisierungsfrage im Kohlenbergbau setzte seine Beratungen am Mittwoch nachmittag fort. Schon die bisherigen Beratungen haben deutlich gezeigt, daß eine Lösung des Problems auf parlamentarischem Wege völlig unmöglich ist. In dieser Frage stehen sich zwei Gegensätze unversöhnlich gegenüber. Daher erteilte gestern in den Beratungen die Frage des Vorsitzenden, des Herrn von Braun, darüber, daß die Parteien aneinander vorbeigeredet hätten. Der Herr erkennt nicht, daß die Parteien aneinander vorbeigehen müssen, solange es aufs Neben ankommt. Sie werden sich erst treffen, wenn es zum entscheidenden Kampfe um die Sozialisierung im Bergbau kommt, dann aber auf dem sozialen Schlachtfeld. Es ist ganz selbstverständlich, daß Männer wie Stinnes, Silberberg und Bögel als Vertreter des Großunternehmens alle Vorschläge der Arbeiter- und Angestelltenvertreter ablehnen müssen, solange diese festhalten an der Forderung der Vollsozialisierung der Kohlenwirtschaft. Und umgekehrt wird es ebenso sein.

Umbreit erklärte noch einmal, daß er an den Forderungen der Arbeitnehmergruppe festhalte und die Vorschläge der Silberberg und Stinnes auf Gewinnbeteiligung und Gemeinwirtschaft ablehne. Worauf ihm Generaldirektor Silberberg erwiderte, daß er nicht Gewinnbeteiligung, sondern Kapitalbeteiligung der Arbeiter meine, wahrscheinlich um die Sache noch sinnloser zu machen. Was sonst noch geredet wurde, war belanglos. Beachtung verdient aber ein Beschluß, nach dem ein „Verständigungsantrag“ eingelegt wurde, bestehend aus dem Herrn Stinnes, Silberberg und Bögel als Vertreter der Unternehmer, und der Abgeordneten Wagner, Bernert und Imbich als Vertreter der Arbeiter und Angestellten, wozu Herr Verhulst als Vertreter der Abteilung III freigestellt wird. Vater der Idee ist Paul Müller, der Vertreter der Seeleute. Dieser Beschluß ist von vornherein unsinnig, denn worüber sollen sich die sieben Männer verständigen? Eder v. Braun will eine Lösung der Gegensätze herbeiführen. Worauf wir nur nochmals betonen können, daß eine Lösung der Gegensätze nicht möglich ist und nicht stattfinden darf. Die Arbeiterschaft erwartet einmütig von ihren Vertretern im Reichswirtschaftsrat oder in allen anderen Stellen, ohne Unterschied der parteipolitischen Richtung, daß sie unabänderlich festhalten an der Forderung der Vollsozialisierung nach dem Vorschlag 1 der Sozialisierungskommission als Mindestforderung. Wollen die Umbreit und Paul Müller, Wagner und Werner den

Arbeitern noch eine allerletzte und äußerste Enttäuschung bereiten, die diesen Führern den Rest von Glauben, den sie in einem Teil der Arbeiterschaft noch besitzen, endgültig nehmen würde, so sollen sie einen „Verständigungsversuch“ machen. Die Arbeiterschaft selbst wird auf Verständigungsversuche nicht eingehen, sondern sie wird um die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft den Kampf bis zur Entsehung führen.

## Aus dem Eldorado der Korruption

### Ein ungarisches Panama

Budapest, 28. Oktober.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung kam es zu wütenden Kämpfen zu gelegentlich der Beantwortung einer Interpellation wegen der Zuckerpreise. Abgeordneter Crell machte den Finanzminister Koranyi für die hohen Zuckerpreise verantwortlich und erklärte, daß Koranyi den Zuckerfabrikanten ein Geschenk von 300-400 Kronen machen sollte.

Finanzminister Koranyi rüft: Das ist eine Schurkerlei, so etwas zu behaupten. (Großer Lärm.) Uga. Crell: Ich muß den Minister offen eines Panama anklagen. Koranyi: Wenn man den Minister öffentlich eines Panama beschuldigt, so muß man die Anklage sofort beweisen können. Crell bleibt bei seiner Behauptung. Es kommt zu einem heftigen Wortwechsel zwischen Crell und Koranyi. Crell erklärt, seine Behauptung vor einer unparteiischen Kommission bewiesen zu wollen.

## Die Arbeit des Völkerbunds

Brüssel, 28. Oktober.

Der Völkerbund genehmigte gestern die Schlussfolgerungen der Berichte bezüglich der Frage von Palmben, der Heimkehr der Kriegsgefangenen und des Statuts für Armenien. Bourgeois berichtete über die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes und gab hierauf eine Darlegung der Arbeiten der Brüsseler Finanzkonferenz. Tilton berichtete über Einzelheiten der Friedensverträge bezüglich des Schutzes der Minderheiten. Auf einen Bericht der britischen Vertreter wurde die französische und die englische Sprache als offizielle Sprache für den kommenden internationalen Gerichtshof festgelegt.

## Rumänische Gewaltpolitik

Bukarest, 27. Oktober. (Agentur Damian.)

Der von der sozialistischen Parteiführung proklamierte allgemeine Ausstand ist vollständig mißlungen. Ein Teil des Eisenbahnpersonals war bereits am 19. d. M. in den Ausstand getreten. Die Regierung verfügte die Mobilisierung der Eisenbahner, die darauf bis heute sämtlich die Arbeit aufgenommen haben. Die Regierung ließ sämtliche sozialistischen Führer sofort verhaften. Sie werden wegen Anschlags gegen die Sicherheit des Staates vor ein Kriegsgericht gestellt werden. In den Wasser- und Elektrizitätswerten war die Arbeit nicht unterbrochen. Auch die Bäder haben ungestört gearbeitet. In verschiedenen anderen Betrieben wurde die Arbeit teilweise eingestellt. Die noch ausständig gemeldeten Arbeiter haben beinahe überall die Arbeit wieder aufgenommen. Der Belagerungszustand bleibt vorläufig in Kraft, ebenso die Zensur, die im ganzen Lande eingeführt worden ist.

Der Streik auf der Bismarckstraße beigelegt. Der Streik auf der Bismarckstraße ist nach Erfüllung einiger Forderungen der Arbeiter beigelegt. Die Arbeit wurde heute wieder aufgenommen.

Einberufung des griechischen Parlaments. Wie „Havas“ aus Athen meldet, wird das zurzeit aufgelöste Parlament unverzüglich zur Wahl eines Regenten einberufen werden. Die Wahl des Admirals Konduriotis scheint gesichert zu sein. Die Wahlen zur Nationalversammlung werden um eine Woche vertagt.

Die neue schwedische Regierung. Wie der „Berlingske Tidning“ aus Stockholm telegraphisch wird, hat sich das neue schwedische Ministerium folgendermaßen gebildet: Ministerpräsident Geer, Minister des Auswärtigen Graf Brangel, Justizminister Prof. Ekberg, Kultusminister Generaldirektor Bergquist, Verteidigungsminister General Hammarstedt, Finanzminister Tamn, Landwirtschaftsminister Prof. Nilsson, Handelsminister Landeshaupmann Gustaf Malm, Minister für soziale Fürsorge Generaldirektor Elmquist, Verkehrsminister Landeshaupmann Mural. Zu Ministern ohne Portefeuille wurden ernannt Dahlberg und Carlsson.

## Alpine Architektur

„Dies aufgerissene Tor unseres Gefängnisses — memento!“ So schrieb mir Bruno Taut in das erste Exemplar seiner „Alpinen Architektur“. Als er im Gespräch die erste Idee hierzu äußerte, stritt ich gegen das phantastische Unterfangen, die Riesenswelt der Berge in neue architektonische Formen zu zwingen.

Aber über das indisch-chinesische Beispiel der Festentempel hinaus wuchs ihm die neue Urgewalt maßlos über den Reichtum und die Schönheit der Natur. Nacht für Nacht sah er auf und zeichnete im schöpferischen Ueberstromen Blatt auf Blatt. Selig in dem Gefühl, aus dem Chaos den tanzen den Stern der Architektur zu gebären. Stolz in dem Bewußtsein, den Naturbesitz durch ein fast übermenschliches Höchstmaß allumfassender Bautätigkeit zu adeln. Ein herrlicher, leuchtend farbiger Kosmos: Die Kugeln! Die Kreise! Die Räder! Schwelbende, sich drehende, leuchtende Architektur. Ein jauchzender Schrei der Erde in den Himmel. Wahrscheinlich, Architektur und Haus sind nicht untrennbare Begriffe. Hüttenbauer: leid Künstler, baut die Weltarchitektur, nicht Du, und aus unserer Erde, bisher eine schlechte Wohnung, wollest Du eine gute Wohnung machen. Wir müssen das Unerreichbare wollen, wenn das Erreichbare gelingen soll, war unsere Lösung. Den Zwölfstern und nächsten Unzuverlässigen, die alles schön, aber das Ungeheuer zu schwer und opfervoll fanden, hielten wir Goethes Wort aus den „Wahlverwandtschaften“ entgegen: „Man verlangt so selten von den Menschen das Unmögliche“.

Darum steigert sich die alpine Architektur vom Kristallhaus und Alpenbau zum Erdrindenden und rein phantastischen Sternbau. Ein fester Plan schwebt dem Baukünstler vor, werde begonnen und begrenzt, wobei es sich freilich um Generationen und bisher unerhörte Dimensionen handelt, die eine Menschheit der selbstlichen Arbeit und des angepanntesten Willens zur Schöpfung erfordern: Wo die höchste Alpenkette vom Monte-Rosa her im Monte-Rosa über die italienische Ebene hinausragt, im inneren Bogen des Gebirgszuges — da soll die Schönheit erstrahlen. Der Monte-Rosa und sein Vorgebirge bis zur grünen Ebene soll umgebaut werden. Und weiter und immer weiter bis zur Andenwelt und den Eddies-Inselgruppen schweift die ungebändigte Baukunst, bis sich Bruno Taut, der Künstler und Architekt, „ins große Nichts, ins Ramanasjo“ verliert.

Davon kündet das letzte Blatt dieses einzigartigen Architekturwerkes. Es will nicht gaulerische Phantasien vorzaubern, es will ernst arbeiten und frei gestalten. Mit seinen Plänen im

ewigen Eise und Schnee, mit seinen Bergblüten aus farbigen Gestein, mit seinen Giebeln und Kristallnadelnpyramiden, seinen Felsenbäumen und Grottensteinen, Pfeilern und Bögen von Imitationsgrünem und rubinrotem Glase ragt es ins Wunderbare. Riesige Beleuchtungen in der Nacht, Scheinwerfer, Feuerwerk und Koolsharfen umspielen das Märchen der höheren Wirklichkeit, die nur der Genius schafft.

Als Ergänzung erschien nun (gleichfalls im Volkwang-Verlag zu Hagen) Bruno Tauts „Auflösung der Städte“, die ein Wegbereiter zur Alpinen Architektur sein will und die Erde zu einer guten Wohnung machen möchte. Es ist in 30 Zeichnungen, „natürlich nur eine Utopie und eine kleine Architektur“, wenn auch mit „Beweisen“ belegt in einem umfassenden Literaturanhang, der sich vornehmlich auf wörtlich wiedergegebene Äußerungen Kropotkins, Engels, Tolstois, Melines, Landauers und anderer Denker und Dichter stützt. Und immer weiter treibt ihn sein maßloses Sehnen. Bruno Taut, der Glasarchitekt, dessen Auge die farbige Wunderwelt liebend erschaut, und der doch auf festem Boden auch sozial nützliche Gartenstädte errichtete und Brücken schlug, hat im Geiste Paul Scheerbarts ein Architekturhauptwerk „Der Weltbaummeister“ geschaffen, dessen gefestigte Visionen sich in kosmische Höhen und symphonische Klänge auflösen. Hier zerbricht die gestaltende Form im Raum zu einem fliegenden Traum und Rausch des Künstlers im VII. E. B.

## Plakat- und Bildausstellung Sowjetrusslands

Im Berliner Gewerkschaftshaus werden photographische Bilder, Plakate und Plakate des neuen Russland gezeigt. Die Plakate sind allerdings vorgelesen nach der ersten Vorstellung beschlagnahmt worden, obwohl weiter nichts darauf zu sehen war als Tausende gutaussehender, gutgenährter und disziplinierter Menschen. Besonders hingewiesen sei auf die prächtigen Frauen-Turntänze, sowie auf die Bilder der Arbeit aller Volksschichten miteinander. Man sieht auf den Massenphotographien taufend leuchtende Gesichter von verarmten Proletariern. Bei den Revolutionsplakaten der Sowjet-Regierung sind die Unterschriften besser und schlagender als die bloße Bildwirkung. Doch vielleicht ist dieser Plakattypus Bildbogenstil aus der Erregung entstanden, doch die riesen großen Massen im inneren Lande am ehesten das in Fortsetzungen erzählende Bild auf sich wirken lassen. Einige beachtende gute Unterschriften: „Der Koolshobel ist wie der Blinde, überall erwartet ihn Mißgeschick und Unglück.“ — „Mit der Waffe schlagen sie den Feind, durch Arbeit schaffen wir Brot, alle an die Arbeit!“ — Diese schlagenden Texte hämmern in guter Schriftanordnung unter der mächtigsten Malerei ins Gewissen des Beschauers. Und das ist ein Erfolg!

Beim Plakat, das das Auge des Beschauers fangen soll, um es auf den Text zu lenken, muß eine große Wandlung eintreten.

Wir brauchen die Unterfützung des Palats in Zukunft noch mehr als bisher.

Zu der Photographien der Denkmäler Liebknechts, Marx' und Luxemburgs ist zu sagen, daß sie nicht auf künstlerische, sondern auf reine Persönlichkeitswirkung der plastisch Dargestellten ausgehen. Jap.

Schimpanpen im Zoo. Fünf ausgewachsene Schimpanpenweibchen und ein etwas kleineres Männchen, alle aus Kamerun stammend und vom Gouvernement seinerzeit der Akademie der Wissenschaften geliefert für die von ihr errichtete Menschenaffenstation auf der Kanarischen Insel Teneriffa. Sind jetzt im Berliner Zoologischen Garten zu sehen. Als Menschenaffen haben sie sich bewährt durch die selbstbewußt ausgeführten und systematisch aufgebauten Versuchsreihen, denen sie unterworfen worden sind. Dabei hat man den nie verlassenden Futtertrieb benutzt und die Tiere dahin auf die Probe gestellt, ob sie imstande sind, diesen Trieb mit Hilfe von Mitteln und Werkzeugen auch auf Umwegen zu befriedigen und dadurch eine gewisse Einsicht in die Zusammenhänge der Dinge zu beweisen. Die Teneriffa-Schimpanpen mußten die Wege zu ihrem Ziele selbst finden, die Mittel und Werkzeuge sich selbst ausmischen. Dabei erfolgte stets zuerst ein gewisses zielloses Probieren auf glücklichen Zufall hin, dann, wenn das vergeblich war, ein gewisses ruhiges Ueberlegen, und schließlich, wie durch plötzliche Erkenntung, die Lösung der Aufgabe. Und zwar wurden dabei erreichbare Mittel und Werkzeuge ganz aus eigenem Antrieb ergriffen und zweckentsprechend benutzt, ja, in einem Falle fand sogar, wenn auch nicht Anfertigung, so doch Ergänzung und Verbesserung eines Werkzeugs statt, daß der Affe einen zu kurzen, hohlen Rehrhod durch Hineinstecken eines zweiten verlängerte und sich so die anferhöb des Gitters liegende Banane heranholte. Aber was einem Schimpanpen leicht oder schwer fällt, ist durchaus nicht von vornherein nach menschlichem Maßstab zu beurteilen.

Für die Große Volkoper findet am heutigen Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, ein Rud-Konzert im Bühnenfestsaal mit der Sängerin Karin Branzell als Solistin, am morgigen Freitag, abends 7 1/2 Uhr, ein Klavier-Konzert mit dem Bühnenharmonischen Orchester in der Neuen Welt (Hofentheater) statt. — Auf dem Cylindere-Gesellschaftsabend der Großen Volkoper, Berlin, am 30. Oktober d. J. werden Maria Thoenig und Heinrich Schlusnus singen.

Die „Scala“, Luther-Str. 22/24, wird am 2. November als großes Varietheater in den Räumen des früheren Eispalastes eröffnet werden. Julius Staudacher hat die Leitung des Direktors übernommen. Unter anderem hat Paul Morgan für die „Scala“ einen komischen Stroh geschrieben, in dem Rosa Valenti und Max Adalbert auftreten. Für das Eröffnungsprogramm sind in erster Reihe der Dresdner Kammerchor Lußmann von der tschechischen Staatsoper, sowie Helene Walot verpflichtet worden.

Am Hoftheater findet die Aufführung von Helmuth Ungers Kammerpiel, das nun den Titel „Mutter und Sohn“ hat, Dienstag, den 2. November, abends 7 1/2 Uhr, statt.

\*) Alpine Architektur. Von Bruno Taut. In 5 Teilen und 30 Zeichnungen. Volkwang-Verlag in Hagen.

# Die triumphierende bürgerliche Diktatur

M. K. Der Streik um die 21 Bedingungen in der 3. Internationalen, die die Moskauer Diktatur mit bewußter Spaltungsabsicht aufgestellt hat, hat leider das revolutionäre Proletariat von seinen nächsten Aufgaben abgelenkt und seinen Widerstand gegen das reaktionäre Bürgertum geschwächt. Es wird höchste Zeit, daß das Proletariat die Augen aufmacht, um endlich zu sehen, mit welcher brutaler Offenheit sich die reaktionäre Bourgeoisie im Preußenparlament demaskiert. Die Novelle zum Gesetz der Stadtgemeinde Berlin ist ein offener Bruch mit allen parlamentarischen Traditionen und zu gleicher Zeit ein Antisozialistengesetz.

Klassisch tritt der demagogische Machtkampf im Fall Löwenstein hervor. Das reaktionäre Bürgertum fühlt sich in seiner politischen Beeinflussung der Jugend und in seinen Vorrechten in bezug auf die Schule bedroht. Der Verleumdungs- und Behebungsflug der gesamten bürgerlichen Presse hatte keinen Erfolg. Der Proteststurm der reaktionären Laien der Bourgeoisie, der Lehrer, Oberlehrer, Gelehrten und der christlichen Elternräte, mußte ergebnislos verlaufen angesichts der Tatsache, daß der größte Teil der Berliner Bevölkerung sozialistisch gewählt hatte und zu den pädagogischen Plänen Löwensteins, des Kandidaten der Unabhängigen, unerschütterliches Vertrauen hatte. Löwenstein wurde gewählt, und es fehlt nur noch die Bestätigung durch den Oberpräsidenten. Selbstverständlich wurde nunmehr der Oberpräsident mit Protesten vom Oberkirchenrat bis zum christlichen Elternbeirat überschüttet.

Der deutschnationale Warrer Mumm versuchte sogar einen Vorstoß im Reichstage, und seine Anrede ist in zweifacher Hinsicht charakteristisch: Einmal wird die Reichsregierung gefragt, was sie zu tun gedenkt, wenn eine Bestätigung seitens der preussischen Regierung erfolgen sollte. Also schon ehe die preussische Regierung überhaupt eine Entscheidung getroffen hat, also während sie die Angelegenheit noch zu prüfen hat, wird ihr von den Deutschnationalen, die sonst ihre heuchlerische Entrüstung über Eingriffe in schwebende Verfahren nicht laut genug zum Ausdruck bringen können, mit dem Krach der reaktionären Macht gedroht. In Wirklichkeit aber geht die ganze Angelegenheit die Reichsregierung überhaupt nichts an. Die Anrede des Herrn Mumm zielt nämlich den Artikel 144 der Reichsverfassung heran, nach dem die „Schulaufsicht“ durch sachmännlich vorgewählte Beamte ausgeübt wird. Sollte dem Herrn Mumm nicht bekannt sein, daß der Schulaufsicht einer Stadtgemeinde eine Schulverwaltung, aber nicht Schulaufsichtsbehörde ist, von der allein der Artikel 144 spricht?

Doch das weiß Herr Mumm sehr gut. Er weiß ganz genau, daß in den „glorreichen Zeiten“ deutschnationaler Herrschaft und auch heute noch, Bürgermeister, Gemeindevorsteher und Gutsbesitzer Schulverwaltungsbehörden sind. Und Herrn Mums Gewissen ist dadurch niemals bekwert worden, weil eben diese Herren meistens christlich und national gesinnt waren. Ueberhaupt ein Deutschnationaler, und gar Herr Mumm als Verteidiger der Verfassung! Man muß schon Geistlicher sein, um sich eine Doppelmoral zu haben. Aber bei dieser Gelegenheit mag die preussische Regierung darauf aufmerksam gemacht sein, daß die Oberpräsidenten, die zumest verfassungswidrig Juristen, in keinem Falle Pädagogen sind, dennoch Vorsitzende der Provinzialschulkollegien, also der Schulaufsichtsbehörde, sind, — und ferner, daß auch in den Provinzialschulkollegien noch immer der größte Teil der Deputierten Juristen, und nicht, wie die Verfassung es verlangt, Schulmänner sind.

Die Reichsregierung wies die Anrede ab. Nun wiederholte sich das gleiche Szenario in der Preussischen Landesversammlung. Zentrum und Deutschnationalen drohen mit Kulturkampf. Man traut der Regierung nicht ganz, drum wird das schärfste Geschick aufgespart. Natürlich hat man keine sachlichen Gründe, denn vorläufig liegt keine Bekämpfung vor, aber die Regierung darf eben nicht bestätigen. — Weil Löwenstein Jude ist und wir bekanntlich doch eine demokratische Republik haben sollen, weil wir eine Verfassung haben, nach der Abtammung, Religion und politische Gesinnung von keinem Amte ausschließen dürfen, — darum darf natürlich der Sozialist und Jude Löwenstein nicht an die Spitze des Berliner Schulwesens gestellt werden. Der Zentrumsmann meinte besonders pfiffig, daß man an die Spitze eines jüdischen Schulwesens auch nicht einen Katholiken stellen würde. Sind diese Herren also so naiv zu glauben, daß das Schulwesen in einem demokratischen Staate noch weiterhin Thron und Altar zu festigen habe? Oder ist diesen Herren das Machtbewußtsein schon so sehr gestiegen, daß sie sich höhnend über die Tatsache der überwiegend sozialistischen Bevölkerung in Groß-Berlin glauben hinwegsetzen zu können?

Die Debatte im Preussischen Landtag hat deutlich die ganze Schuld enthüllt, die die Rechtssozialisten sich mit dem Weimarer Schulkonpromiß aufgedrückt haben.

Als letzter Anker bleibt der Fachmann. Daß Löwenstein das Doktorzeugnis in Pädagogik mit Auszeichnung bestanden hat, daß er vom Reichsministerium als Fachmann auf die Reichsschulkonferenz berufen worden ist, daß er mehrere, auch von Rechtssozialisten hochgeschätzte pädagogische Schriften geschrieben hat, daß er sich durch vielseitige unterrichtliche Tätigkeit praktische pädagogische Erfahrung und genaue Kenntnis unseres Schulwesens erworben hat, daß er in Schulverwaltungen tätig war, ... das alles spielt keine Rolle, denn „der Jude muß verbrannt werden“. Auf keinen Fall darf der sozialistische Wille sich in der Schulvorherrschaft des reaktionären Bürgertums durchsetzen. Oder ist diese theoretische und praktische pädagogische Vorbildung nicht gleichwertig mit der juristischen Vorbildung der Bürgermeister, die in vielen Städten der Schulverwaltung vorstehen? Nun, der Oberpräsident hat noch nicht gesprochen. — Sein Bestätigungsrecht ist auch eines jener reaktionären Ueberbleibsel, so reaktionär wie die ganze Städteordnung selbst. Man denke nur, was man der Selbstverwaltung auch heute noch rein geschickelt zumutet: Der Oberpräsident kann ohne jeden Grund die Bestätigung verlangen. In das Ermessen eines einzigen Menschen wird es also gestellt, ob der Wille von Millionen Bürgern ausgeführt werden soll oder nicht!

Wie lange wird das Proletariat noch schlafen und sich diese Diktatur der Bourgeoisie gefallen lassen? Hier gilt es, den Hebel anzulegen, um die Zenterslast, die sich der freien sozialistischen Gemeinschaft entgegenschmetzt, mit revolutionärer Entschlossenheit zu beseitigen.

## Echt deutschnational

Der deutschnationale Handlungsgehilfenverband sendet an seine Geschäftsführer und Fachvertreter ein „Streng vertrauliches“ Rundschreiben, in dem er mittelt, daß vom Reichsarbeitsministerium ein geheimes Erlös ergangen ist, der bestimmten Kategorien der behördlichen Angestellten eine Erleichterung für Vorkaufsprüfungen gewähren soll. Dann heißt es in dem Rundschreiben wörtlich:

Wir haben den Erlaß nur erhalten auf Grund unserer guten Beziehungen im Reichsarbeitsministerium und müssen bitten, uns diese guten Beziehungen nicht zu

verschern. Es könnte aber möglich sein, daß der beim R. A. M. angestellte Urbach vom 3. B. (des Zentralverband der Angestellten), welcher auf der Tagung des 3. B. in Weimar gewesen ist und ebenfalls diesen damals in Arbeit befindlichen Erlaß gekannt hat, in Weimar davon gesprochen hat. Das wäre eine Verletzung des Dienstgeheimnisses, und es wäre uns sehr angenehm, wenn Sie durch vorläufige Umfragen bei Vertretern des 3. B., die in Weimar waren, erfahren könnten, ob dies der Fall ist. Wenn unsere Vermutung zuträfe, so würden wir diesen Spion im R. A. M. los werden und andererseits ja unserer Schweigepflicht hinsichtlich dieses Erlasses entsagen können.

Ein tieferes Niveau des Kampfes ist nun wirklich nicht mehr möglich.

Man vorgegenwärtige sich. Der deutschnationale Verband unterhält zu einem Angehörigen des Reichsarbeitsministeriums unersättliche Beziehungen, die er sich nicht verschern will. Um nun die Spur von sich abzulenken und gleichzeitig das ihm unbedeuten Zentralverbandmitglied im Reichsarbeitsministerium loszuwerden, veranlaßt er seine Mitglieder „Streng vertraulich“ zu schreiben, ob etwa der Vertrauensmann des Zentralverbandes diesem auch Mittelung gemacht hat. Dann will man diesen Mann, den man als Spion bezeichnet, als den Urheber der Indiskretion denunzieren, um ihn so zu liquidieren.

Die Mitglieder des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes werden umsonst schmökern, denn das erwähnte Mitglied des Zentralverbandes hat nichts über den Erlaß berichtet. Er steht nicht auf dem Boden echt deutschnationaler Moral.

## Aus der Wirtschaft Der Bankiertag

In Berlin tagt gegenwärtig der fünfte allgemeine deutsche Bankiertag. Die 1500 Beherrscher der deutschen Finanzwelt und damit fast die gesamte Volkswirtschaft sind hier versammelt und beratschlagen über die Wege zur Gesundung der Finanzwirtschaft, an deren Ruin sie ein gerüttelt Maß von Schuld tragen. Aber aus den bisherigen Beratungen geht schon zur Genüge hervor, daß auch sie den Weg ebenso wenig finden werden wie die Brüsseler Finanzkonferenz, denn sie sind die Akten geblieben. Kein Hauch eines neuen Geistes ist aus ihren Reden zu spüren: juridisch zur alten guten privatkapitalistischen Zeit, das ist ihre einzige Weisheit.

Bezeichnend für den Geist dieser Tagung war schon, daß der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz in seiner Begrüßungsansprache deutlich vom Projekt der Reichswirtschaftsbank, von dem in der letzten Zeit viel die Rede gewesen war, abrückte und erklärte, daß sein Amt diesem Projekt fernstehe. Wir zweifeln ja nicht daran, daß auch durch eine Reichswirtschaftsbank die Industriekrise nicht überwunden werden kann, dennoch wäre sie als erster bescheidener Anfang zum Eindringen gemeinschaftlicher Prinzipien in das Bankwesen zu begrüßen. Grund genug, daß die gesamte Bankwelt und die demokratische Presse gegen das Projekt Sturm lief und der Reichswirtschaftsminister, in dessen Amt es ausgearbeitet wurde, sich dem Diktat der Bankgewaltigen fügte.

Die sachlichen Beratungen wurden von einem Referat Dr. Georg Schuffens über das deutsche Finanzwesen nach Beendigung des Krieges eingeleitet. Er bezeichnete als die Ursache des Finanzschliefens der budgetären Ausgaben die revolutionären Erschütterungen und einzelne Bestimmungen des Friedensvertrages, wie die Besatzungskosten und die Liquidation des deutschen Eigentums im feindlichen Ausland. Zur Gesundung der Staatsfinanzen sei eine gesunde Steuerpolitik notwendig, die Steuerpolitik dürfe nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten geführt werden — eine ganz unfinnige Forderung, da die Steuerpolitik eines Staates stets nur der Ausdruck der Machtverhältnisse der einzelnen Klassen ist. Natürlich wandte er sich auch gegen die Sozialisierung — als Argument führte er die schlechten Ergebnisse der staatlichen Bergwerke an, die alles eher denn sozialisiert sind — und schlug statt dessen Verschmelzung von Unternehmungen zur Vereinfachung der Produktion vor. In der Tat ein kümmerlicher Versuch!

Auf derselben Höhe stand das Referat Warburgs über die notwendigen Vorbedingungen zur Gesundung der deutschen Währung. Die Währung könne nur dann gesund werden, wenn das Wirtschaftsleben wieder gelde würde. Das anzustrebende Ziel könne nicht eine Wiederherstellung der früheren Währungsverhältnisse sein, eine allmähliche Hinaufkonvertierung der Währung, sondern nur ihre Stabilisierung; denn verderblich und unerträglich sei nicht der niedrige Wert der Währung, sondern das ewige Schwanken ihres Wertes. So richtig, aber wenig originell diese Ausführungen sind, so gemeinheitsförmlich und engstirnig sind die Forderungen, die Warburg als Vorbedingungen zur Gesundung der Währung aufstellt: Ruhe, Ordnung und Sicherheit müßten wieder hergestellt werden — die kapitalistische Ordnung, versteht sich — das Budget müßte ausgeglichen werden, dennoch aber dürften die direkten Steuern nicht so hoch angelegt werden, daß sie die Kapitalbildung gefährden, sondern es müßte mehr nach indirekten Steuern getroffen werden (!), die Exportindustrie sei im weitesten Maße zu fördern, der Ausbau der Bezirkswirtschaftsräte solle in Angriff genommen werden.

Mit einem Worte: das privatkapitalistische System soll in vollem Umfang aufrechterhalten, alle Leiden so weit als möglich auf das Proletariat überwälzt werden. So glauben heute noch die Herren der Finanzwelt die Wirtschaft retten zu können.

In dieselbe Kategorie des auch der Referent über die Brüsseler Finanzkonferenz Franz Urbig. Er meinte, daß das Ergebnis der Konferenz deshalb so mager gewesen sei, weil in den Ländern, in denen die Inflation zum Stillstand gekommen sei, das Geld teuer sei, dort also keine Grundlage für Kredite sei. Erste Voraussetzung dafür, wieder Kredite vom ausländischen Ausland zu erhalten sei, daß das Vertrauen jener Länder zur Wiederherstellung unserer Wirtschaft wiederkehre. Wir müßten also endlich mit den Sozialisierungsexperimenten Schluss machen, die schlimmste Lage, in der sich unsere sozialisierten (?) Unternehmungen — Kadner meinte natürlich die Eisenbahn, Post usw., man sieht, daß die Kapitalisten eine bemühte planmäßige Freiführung der Devisenfreiheit über den Begriff der Sozialisierung treiben! — befinden, spreche deutlich genug gegen die Sozialisierung. Statt dessen plädierte Urbig für — die Verlängerung der Arbeitszeit und für einen von künstlichen Mitteln befreiten Preis- und Währungs- und indirekt für die Erhöhung der künstlich niedrig gehaltenen Brot-, Kohlenpreise, Bahnfahrts usw.

Das also wissen die Bankkapitalisten als Heilmittel zur Gesundung der Wirtschaft anzupreisen? Schrankenlose Herrschaft des Privatkapitals im Bankwesen, Erhöhung der indirekten Steuern, Verlängerung der Arbeitszeit, Vertiefung der wichtigsten Ärier, vor allem aber Ablehnung jeglicher Sozialisierung. Die Front ist geschlossen: Bankaristal und Industriekapital gehen in einigem Verein zum Angriff gegen das Proletariat über, das damit beschäftigt ist, sich selbst zu zerstören.

## Aus der Partei

### Die Wahrheit bricht sich Bahn!

Die am Sonntag in Hagen stattgefundenen Konferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei der Kreise Hagen, Schwelm, Altena, Iserlohn, Arnsberg, die von fast allen örtlichen Verwaltungsräten mit Delegierten besetzt worden war, sprach sich nach einer mehrstündigen Debatte mit 74 gegen 15 Stimmen für das Reiztätiger Milionsprogramm aus. Diese überwältigende Mehrheit ist gewiß, das revolutionäre Banner der U. S. D. hochzuhalten und lehnt den Beitritt zu den Kommunisten ab! Die Delegierten beider Richtungen stimmten nach ihrer persönlichen Ueberzeugung, und für die Mehrheit der Bejahung, die sie erlaubte hatte. Das berechtigt zu der Feststellung, daß auch die weitaus überwiegende Mehrheit der 15 000 Mitglie-

der des Bezirks hinter der Mehrheit auf der Konferenz steht. Damit ist die Sachlage geklärt, klarer als nach der Urwahl zum Parteitag, die im Bezirk Hagen den Gegnern der Moskauer Bedingungen nur eine schwache Majorität brachte. Der Parteitag hat also erst eine restlose Klärung gebracht. Viele Genossen, die für die Bedingungen gestimmt haben, bleiben bei der U. S. D., weil sie sich der kommunistischen Taktik nicht unterwerfen wollen.

## Stuttgart

Die Anhänger der U. S. D. in Stuttgart haben durch ihren Fraktionsvorsitzenden Engelhardt der Stadtverwaltung mitgeteilt, daß die Neukommunisten Schmed, Schumberger, Ulfert und Schwab aus der Fraktion als ausgeschieden zu betrachten sind. Die Neukommunisten legten darauf ihren Organisationsapparat in Bewegung, und der Vorstand ließ sich unter schriftlich befristeten, daß allein die 4 Neukommunisten die einzig richtigen Vertreter der U. S. D. im Stadtparlament seien. Die Entscheidung über diese Streitfrage hat nunmehr der Reichstagsausschuß des Stadtparlaments in den Händen. Die bei uns verbleibenden 6 Vertreter haben eine schriftliche Erklärung ab, in der festgelegt wird, daß sie das Programm und die Grundsätze der U. S. D. vertreten, während die Neukommunisten sich durch die Annahme der 21 Punkte für die kommunistische Partei Deutschlands erklärt hätten und daher auch nur als deren Vertreter angesprochen werden könnten.

## Generalversammlung der Konsumgenossenschaft

Liste Walther gewählt

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend hielt am Mittwochabend ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der große Saal der „Neuen Welt“ war schon lange vor Beginn bis auf den letzten Platz gefüllt.

Den Jahresbericht des Vorstandes gab der zweite Geschäftsführer Mirus. Einleitend teilte er mit, daß die Genossenschaft sich mit allen Mitteln gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft wende. Es liege im Interesse einer gesunden Volkswirtschaft, daß die lebensnotwendigen Artikel planmäßig verteilt werden. Genosse Mirus ging dann auf den Bericht des 21. Geschäftsjahres ein, der gedruckt vorliegt. Infolge der schlechten Baurücklage war es im Berichtsjahr nicht möglich, eine genügende Anzahl von Filialen zu errichten, da besonders Äden sehr schwer zu haben sind. So konnten nur neun Filialen und sieben Spezialgeschäfte errichtet werden; außerdem wurde ein Manufakturwarengeschäft gegründet, das in den wenigen Monaten seines Bestehens 3 800 000 Mark Umsatz hatte, was als ein äußerst befriedigendes Resultat zu bezeichnen ist. Es ist beabsichtigt, in der Kürze weitere 12 bis 15 Manufakturwarengeschäfte zu errichten. So soll in den nächsten Tagen ein Manufakturwarengeschäft am Wedding in der Reinholdsdorfer Straße und das dritte in Charlottenburg, Rosinenstraße, errichtet werden.

Der Gesamtumsatz der Genossenschaft betrug im Berichtsjahr 140 Millionen Mark, was eine Steigerung von 207 Prozent gegen das Vorjahr bedeutet. Die Zahl der Mitglieder ist auf 134 000 gestiegen, jedoch haben sich nur etwa 73 Prozent der Mitglieder am Umsatz beteiligt. Die Produktivbetriebe haben wieder einen Ausschlag genommen. In der Weberei ist zwar die Stückzahl der Brote zurückgegangen, auch hat die Qualität nicht erreicht werden; außerdem wurde ein Manufakturwarengeschäft gegründet, das in den wenigen Monaten seines Bestehens 3 800 000 Mark Umsatz hatte, was als ein äußerst befriedigendes Resultat zu bezeichnen ist. Es ist beabsichtigt, in der Kürze weitere 12 bis 15 Manufakturwarengeschäfte zu errichten. So soll in den nächsten Tagen ein Manufakturwarengeschäft am Wedding in der Reinholdsdorfer Straße und das dritte in Charlottenburg, Rosinenstraße, errichtet werden.

Die Sparkasse hat einen Bestand von 30 578 600 Mark zu verzeichnen. In dieser Summe sind 55 432 Sparrer beteiligt.

Im letzten Geschäftsjahre ist ein Gesamtüberschuss von 351 865 Mark gegen 239 000 Mark im Vorjahre zu verzeichnen. Die Summe der Rückvergütung an die Mitglieder ist dabei schon in Anrechnung gebracht. Das Inventar-Konto ist von 350 000 Mark auf 1 067 000 Mark gestiegen. Auch das Warenbestand-Konto ist infolge der gestiegenen Preise erhöht. Die Rückvergütung an die Mitglieder soll, wie im Vorjahr, 2 Prozent betragen, was eine Summe von 1 200 000 Mark erfordert. Der Warenbestand repräsentiert einen Wert von 22 Millionen Mark. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß das Betriebsresultat zu gering ist und wird deshalb die Erhöhung der Geschäftsanteile der Mitglieder von 60 Mk. auf 100 Mk. in Vorschlag gebracht. Diese Erhöhung sei notwendig, wenn die Genossenschaft auf einem gesunden Fundament stehen soll. Aber dies allein genügt nicht. Wenn die Genossenschaft die Stürme der Zeit gut bestehen und die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse überwinden soll, dann müssen alle Genossen tatkräftig mitarbeiten. Dann wird auch die Genossenschaftsbewegung gemeinsam mit Gewerkschaften und Betriebsräten der sozialistischen Wirtschaft die Wege ebnen. (Lebhafter Beifall.)

Den Bericht des Aufsichtsrats gab der stellvertretende Vorsitzende Paul Panne. Er beschränkte sich auf die Erklärung, daß der Aufsichtsrat die Tätigkeit der Geschäftsführung überwacht und alles in bester Ordnung gefunden habe. Im übrigen verweist er auf den gedruckt vorliegenden Bericht.

In der Diskussion wurden gegen den Vorstand einige Einwände erhoben, die Mirus in seinem Schlusswort richtigstellte. Die Entlastung des Vorstandes wurde gegen einzelne Stimmen erteilt. Die im Jahresbericht vorerwähnte Bilanz wurde einstimmig angenommen. Die Verteilung des Ueberschusses wurde im vorgeschlagenen Sinne gegen eine Stimme angenommen. Der Bericht der Betriebsvereine, in dem u. a. gelehrt wird, daß die Geschäftsführung der Konsumgenossenschaft eine mühselige gewesen sei, wurde ohne Debatte entgegengenommen. Die Erhöhung der Geschäftsanteile der Mitglieder von 60 auf 100 Mk. wurde nach kurzer Begründung des Geschäftsführers Mirus und einem Mitglied des Aufsichtsrats gegen wenige Stimmen angenommen.

Ein von Kippel gestellter Antrag, die Abänderung des Genossenschaftsgesetzes zu fordern, damit zur Generalversammlung der Genossenschaften das Delegiertenverfahren eingeführt wird, wurde ebenfalls angenommen. Der zweite Teil des gleichen Antrages, der vorschlug, daß die Delegierten nach dem Verhältniswahlsystem gewählt werden sollten, wurde abgelehnt.

Die Wahl des Aufsichtsrats wurde in geheimer Abstimmung vorgenommen. Insgesamt wurden 4705 gültige Stimmen abgegeben. Die Vorkandidaten des Aufsichtsrats (Liste Walther) erhielt 2694 Stimmen, die Liste Güllert (U. S. D.) erhielt 2011 Stimmen. Somit ist die Liste Walther gewählt.

Bestätigung des finnisch-russischen Friedens. Der Präsident der finnischen Republik hat den Beschluß des Landtages betreffend die Anerkennung des Friedensvertrages zwischen Finnland und Rußland bestätigt.

Die englische Militärherrschaft in Irland. Die „Times“ Nottebawische Courant“ aus London meldet, daß die britische Regierung in Irland, daß sie 49 000 Mann in Irland stehen. Die Kosten für diese Streitmacht belaufen sich auf 1 100 000 Pfund Sterl. monatlich.

